

Kebschull, Dietrich

Article — Digitized Version

Eppler und der Rechnungshof

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Kebschull, Dietrich (1974) : Eppler und der Rechnungshof, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 54, Iss. 2, pp. 58-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134639>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Dietrich Keschull

Eppler und der Rechnungshof

Mit seinem bisher nur in Bruchstücken bekanntgewordenen Gutachten hat der Bundesrechnungshof das erreicht, was sich Deutschlands Entwicklungspolitiker schon seit Jahren wünschen. In der breiten Öffentlichkeit ist das Interesse an der Entwicklungspolitik erwacht. Allerdings war diese Art der Publicity nie angestrebt; denn der plötzlich erwachte Wissensdrang bezieht sich nicht auf

die positiven Seiten der internationalen Zusammenarbeit. Vielmehr vermutet man nun allenthalben Schlendrian, Organisationsfehler, Kompetenzwirrwarr, falsche Informationspolitik und Vergeudung öffentlicher Gelder.

Im Mittelpunkt der Kritik steht Minister Eppler. Ausgerechnet ihm, einem der fleißigsten im Kabinett, der sein Profil neben der Arbeit für die Dritte Welt noch als Steuerreformer, progressiver Gesellschaftskritiker und — neuerdings — auch als Wahllokomotive in der Provinz zu prägen sucht, wird vorgeworfen, er könne im eigenen Haus nicht Ordnung halten; und die Opposition beeilt sich deshalb, seinen Rücktritt zu fordern.

Die Begründung einer derartigen Forderung ist jedoch nicht so einfach, wie es zunächst scheint — auch wenn kein Zweifel besteht, daß die Vorwürfe des Rechnungshofes in mehreren Punkten berechtigt sind. Denn wer hätte noch nicht gewußt, daß auch in der deutschen Entwicklungspolitik schlechte Projekte, wenig erfahrenes Personal, Verwaltungsschwierigkeiten, Doppeleigigkeit und völlig überlastete Institutionen zu finden sind. Es gibt eine fast unübersehbare Zahl von mehr oder weniger selbständigen Organisationen und Institutionen im In- und Ausland, die sich mit Entwicklungsfragen befassen. Sie zu koordinieren wird noch auf lange Zeit ein großes administratives und organisatorisches Problem bleiben, das immer wieder Anlaß zur Kritik geben dürfte.

Was allerdings die Regelung der Zuständigkeiten angeht, so hat gerade Eppler große Erfolge aufzuweisen. Denn ihm ist es schließlich gelungen, die Kapitalhilfe aus dem Wirtschaftsministerium zu lösen und in seinem Hause mit der technischen Hilfe zu verbinden. Daß er darüber hinaus daran interessiert ist, die Frankfurter Bundesstelle für Entwicklungshilfe und die GAWI zusammenzufassen und möglichst in Bonn anzusiedeln,

ist zumindest wahrscheinlich. Zu erwägen wäre dabei z. B. auch — wenn es nur um optimale Organisationsmöglichkeiten ginge — eine stärkere Einbeziehung der Frankfurter Kreditanstalt für Wiederaufbau in das Ministerium.

Zu widersprechen ist der Kritik des Rechnungshofes insbesondere wenn es darum geht, in Zukunft den Einsatz privatwirtschaftlicher Berater zu erhöhen und so — offensichtlich — wieder zu einer stärkeren Kommerzialisierung der Hilfe zu kommen. Einem solchen Vorschlag kann und darf nicht entsprochen werden. Denn Entwicklungspolitik ist keine rein geschäftliche Transaktion. Sie muß auch den sozialen Aspekten Rechnung tragen. Dieses Prinzip hat sich in der Bundesrepublik nach vielen Jahren endlich durchgesetzt. Eine erneute Verstärkung der Kommerzialisierung wäre hier kein Fortschritt, sondern ein schwerer Rückschlag.

Man mag einwenden, daß es für eine an sozialen Aspekten orientierte Politik so wenige allgemein verwendbare Kriterien gibt, daß schon deshalb immer wieder Schwierigkeiten auftauchen müssen. Daran besteht kein Zweifel. Aber wer wirklich Entwicklungspolitik betreiben will, muß sich dieser schwierigen Aufgabe stellen und muß bereit sein, die damit ständig verbundene Kritik der Kommerzialisten auf der einen Seite und der rigorosen Systemveränderer auf der anderen Seite in Kauf zu nehmen, die stets Patentlösungen zur Hand haben.

Das erfordert allerdings stets und ständig das volle Engagement des zuständigen Ministers und seiner Mitarbeiter — und zwar um so mehr, wenn noch zahlreiche Fragen der Verwaltung und Organisation zu lösen bleiben. Selbst ein noch so tüchtiger Minister muß sich deshalb fragen, ob es in dieser Situation opportun ist, Aufgaben zu übernehmen, die über sein eigentliches Arbeitsgebiet hinausgehen.